

5. August 2004

Franz Müntefering
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 51
10911 Berlin

**Ihr Brief an die Kolleginnen und Kollegen in den DGB-Gewerkschaften
vom 16. Juli 2004**

Sehr geehrter Herr Müntefering,

wenn der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fünf DIN-A4-Seiten braucht um Gewerkschaftern und Betriebsräten die Politik seiner Partei und der Bundesregierung zu erklären, so hat er was zu verschleiern.

Die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind – besieht man sich die Politik der SPD bei Tageslicht - entweder zu Worthülsen geworden oder werden ihrer historischen Interpretation beraubt.

Wieviel Freiheit bleibt einem Arbeitslosen noch, der nach einem Jahr mit dem Sozialhilfesatz auskommen muß und jede Arbeit zu jeder Bedingung anzunehmen hat?

Wieviel Freiheit erhält dagegen eine Unternehmer der die Unfreiheit der Arbeitslosen ausnützt um die Löhne in seinem Unternehmen zu drücken?

Wieviel Gerechtigkeit erfährt ein Rentner, der durch die diversen sogenannten Reformen, die Zuzahlungen und die sogenannte Eigenverantwortung, sich um die Früchte seiner jahrzehntelangen Arbeit betrogen sieht?

Wieviel Gerechtigkeit wird dagegen Herr Pierer empfinden, der Belegschaften erpreßt, Arbeitsplätze abbaut, mit seinem Unternehmen jahrzehntelang immer mehr staatliche Subventionen eingestrichen als er Steuer bezahlt hat?

Wieviel Solidarität empfindet ein abhängig Beschäftigter wenn ihm täglich auch durch Mitglieder der Regierungspartei und über alle Medien gesagt wird, er arbeite zu wenig, sei zu teuer und hätte die Misere der Sozialkassen und der Wirtschaft letztendlich zu verantworten?

Wieviel Solidarität durch die Bundesregierung und die sozialdemokratische Partei erfahren unterdessen die Starken in diesem Land, die Unternehmen, die bemüht ist deren Verwertungsbedingungen auf Kosten der Beschäftigten, der Arbeitslosen und der Rentner zu verbessern und zwar ohne den Schutz der Arbeitsplätze dafür einzufordern?

Nein, die SPD und ihre Repräsentanten haben nicht mehr das Recht die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auf ihre blasse Fahne zu schreiben. Die SPD hat zum Abriß des Sozialstaates auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung mehr beigetragen, als die Kohl-Regierung in 16 Jahren. Dies verschleiern nicht die Lippenbekenntnisse des Kanzlers, davon können die roten Schals, die Sie im Winter zu tragen pflegen nicht ablenken, und schon gar nicht die knallroten Allwetter-Pollunder eines Herrn Stiegler.

Reden muß man immer. Aber diese Regierung und damit Ihre Partei wird nicht zu retten sein, wenn Gewerkschaften nur mit ihr reden. Diese Regierung ist nur noch zu retten, wenn Gewerkschaften ihre Politik mit allen Mitteln bekämpfen und sie diese Politik in entscheidenden Punkten noch zu verändern vermag – es sei denn es tritt im Sommer 2006 wieder die Oder, vielleicht besser noch Rhein und Donau zusammen über die Ufer.

Geschieht dies nicht, werden Sie für die Reaktionäre und Neoliberalisten aller Schattierungen die Schneisen geschlagen haben, die diese nur noch verbreitern müssen. Leider wird sich das auch massiv auf die Gewerkschaften, die auswirken. Mit jeder Pressekonferenz bei der Kollege Sommer mit Ihnen oder dem Kanzler zusammen auftritt und für Beschäftigte, Arbeitslose und Rentner nichts verändert, werden diese auch das Vertrauen in ihre Organisation verlieren und sich von ihr abwenden; insbesondere dann, wenn es noch mehr so „pragmatische“ Lösungen wie bei Siemens und Daimler gibt. Das unser Elend.

Die Politik dieser Regierung zu bekämpfen und zu ändern heißt, das Überleben der Gewerkschaften zu sichern. Und das wird bitter nötig sein.

In diesem Sinne: einen schönen Urlaub.

Jürgen Emmenegger
Betriebsratsvorsitzender